

Landesversammlung des FVDZ Baden-Württemberg in Sulz am Neckar

Gemeinsame Stärke

Mitte Juli richtete der Freie Verband Deutscher Zahnärzte (FVDZ) BW seine alljährlich stattfindende Landesversammlung aus, dieses Mal in Sulz am Neckar. Die Versammlung war in diesem Jahr wesentlich kleiner gehalten als in den Vorjahren üblich. Die Zielsetzungen blieben jedoch gleich: Die zukünftige politische Richtung und die daraus resultierenden Konzepte wurden diskutiert und festgelegt. Außerdem standen Wahlen auf der Agenda.



Neugewählt und im Amt bestätigt. Dr. Joachim Härer (m.) bleibt Vorsitzender in Baden-Württemberg. Auch seine beiden Stellvertreter, Kai Boller (l.) und Dr. Thomas-Rainer Schlachta (r.) wurden wiedergewählt.

Bevor die eigentliche Arbeit der Landesversammlung begann, begrüßte die erste stellvertretende Bürgermeisterin von Sulz/Neckar, Cornelia Bitzer-Hildebrandt, das Gremium und wünschte einen guten Verlauf der Tagung. Natürlich nicht, ohne auf die Vorzüge ihrer Stadt hinzuweisen und darauf, dass hier ein*e weitere Zahnarzt*ärztin willkommen wäre.

Servicegesellschaft. Bereits seit 2008 gibt es die Deutsche Zahnärzte Genossenschaft (DZG eG). Allerdings war sie bis zum vergangenen Jahr eine Vorratsgesellschaft ohne Geschäftstätigkeit. Diese wurde erst im Januar 2021 aufgenommen. Seitdem bietet die DZG eG niedergelassenen Zahnärzten*innen in ihrer freiberuflichen Tätigkeit

Unterstützung in allen betriebswirtschaftlichen und rechtlichen Fragen an. Dr. Frank Wuchold, Zahnarzt aus Erfurt/Thüringen, ist nicht nur deren Vorstandsvorsitzender, sondern war auch zugleich Referent des Gastvortrags der diesjährigen Landesversammlung.

Unter dem Titel „Zusammen unabhängig in die Zukunft“ erläuterte er das neu aufgearbeitete Angebot der Servicegesellschaft, die als eigenständiges Unternehmen fungiert. Dabei interagierte er intensiv mit dem Publikum, um via QR-Code Bedürfnisse und Anfragen zu eruieren.

Ideell ist die DZG eG ein Projekt des Freien Verbands, getragen wird die Genossenschaft jedoch von mehreren langjährigen Partnerorganisationen. Das Serviceangebot

wird fortlaufend erweitert, lässt sich einzeln buchen und ist nicht an eine Mitgliedschaft im Freien Verband gekoppelt. Allerdings erhalten dessen Mitglieder vergünstigte Preise. Zwar ist die DZG eG ein reines Wirtschaftsunternehmen, Vorstand und Aufsichtsrat arbeiten jedoch ehrenamtlich.

Das angebotene Dienstleistungsspektrum ist breit und richtet sich sowohl an Praxisgründer*innen, Zahnärzte*innen, die den Wunsch haben, sich zu erweitern oder Kooperationen suchen, als auch an niedergelassene Mediziner*innen, die ihre Praxisabläufe optimieren wollen oder Kollegen*innen, die eine*n Nachfolger*in für ihre Praxis suchen. Interessierte können sich auf der Website www.dzg-eg.de über die angebotenen Leistungen informieren und die individuellen Anfragen zu den Themenschwerpunkten stellen.

Eingefrorener GOZ-Punktwert.

In seinem an den Gastvortrag anschließenden Bericht resümierte Dr. Joachim Härer, Vorsitzender des Landesverbands Baden-Württemberg nicht nur über das Thema Corona und die Auswirkungen der Pandemie auf die Zahnärzteschaft, sondern kritisierte vor allem auch die Ungleichbehandlung der Zahnärzteschaft im Vergleich zur Ärzteschaft.

Auch die staatliche Reglementierung und Bürokratie und die damit verbundenen Verordnungen, die nicht nur Aufwand, sondern auch Kosten für die Praxen mit sich brächten, fanden Einzug in seinen Bericht. „Die Zusatzkosten müssen bezahlt werden“, so seine Forderung und der Landesvorsitzende wusste auch, wer hier den Beutel öffnen sollte, „der soll bezahlen, der Leistungen anfordert“.

Der fast schon totgeglaubten Bürgerversicherung erteilte Härer eine klare Absage. „Wir lehnen die Einführung einer Bürger- und Einheits-



Referent des Gastvortrags. Dr. Frank Wuchold stellte das Serviceangebot der DZG eG vor und warb um Interessenten.



Anträge und Wahlen. Die Landesversammlung unterstützt das gemeinsame Positionspapier von KZV BW, LZK BW und Versorgungsanstalt BW und stimmte ohne Gegenvotum und Enthaltung für die Resolution.

versicherung entschieden ab“, ließ er wissen. Zwar räumte er ein, dass eine Einheitsversicherung kurzfristige Liquiditätsprobleme der GKV lösen könne, langfristig aber die Finanzierung und Innovationsfähigkeit erodiere und dies bedeute negative Folgen für die Behandlung aller Patienten*innen.

Seit 33 Jahren ist der Punktwert der Gebührenordnung Zahnärzte (GOZ) unverändert, womit der Verordnungsgeber seiner Verpflichtung zur Angleichung des Punktwertes an die wirtschaftliche Entwicklung nicht nachgekommen ist. „Grundleistungen vieler so genannter Brot- und Butter-Leistungen erbringen wir seit 1988 zum immer noch gleichen Preis“, gab der Landesvorsitzende zu bedenken und schob nach, dass wohl kaum ein anderer Berufsstand ähnliche Verhältnisse aushalten müsse. Allerdings rief er die Kollegenschaft deshalb auch dazu auf, die Paragraphen 2, 5 und 6 GOZ konsequent zu nutzen, um auf diese Weise Honorarverlusten entgegenzuwirken.

Green Dentistry. Mittlerweile ist Green Dentistry nicht nur eine eingetragene Marke des FVDZ, sondern zudem ein umfassendes Programm. In seinem Bericht erläuterte Dr. Thomas-Rainer Schlachta, stellvertretender Vorsitzender des Landesverbands Baden-Württemberg die verschiedenen Bemühungen, Möglichkeiten und Program-

me für mehr Nachhaltigkeit in der Zahnarztpraxis.

Bereits seit 2018 hat der FVDZ dieses Thema auf seiner Agenda. Seit März 2020 steht es auch auf der Tagesordnung der EU-Gruppe des FVDZ. So ist beispielsweise die papierarme Verwaltung in der Standespolitik des Freien Verbands ebenso gelebte Praxis wie Alternativen zum Plastikbecher an den Universitäten.

Anträge. Die Landesversammlung unterstützt das gemeinsame Positionspapier von KZV BW, LZK BW und Versorgungsanstalt BW und stimmte ohne Gegenvotum und Enthaltung für die Resolution.

Eindeutig positionierte sich die Landesversammlung auch in Bezug auf die Einführung einer Bürgerversicherung und fordert die Politik auf, das duale Gesundheitssystem von GKV beizubehalten und weiterzuentwickeln.

Auch die Gleichbehandlung von Zahnärzten*innen und Ärzten*innen war Thema eines Antrages und der FVDZ forderte den Bundestag darin auf, diese gesetzlich sicherzustellen.

Dem Antrag des Landesvorstands, der sich an die KZBV richtete, und eine dauerhafte und kostendeckende Hygienegebührenposition zum Ziel hat, folgte die Versammlung ebenso mit einstimmigem Votum wie jenem zur vollständigen und unbefristeten Übernahme aller

Kosten inklusive Mehrwertsteuer, die den Vertragszahnärzten*innen durch die Einbindung der TI-Infrastruktur anfallen.

Auch weitere berufspolitischen Zielsetzungen, die in den Diskussionen und Berichten angesprochen wurden, spiegelten sich in den Anträgen wider, so beispielsweise zum Bürokratieausgleich, dem die Gesundheitsministerkonferenz zum Ausgleich des extrem gestiegenen Bürokratieaufwandes eine Auslagenpauschale entgegensetzen sollte.

Wahlen. Am Ende der Versammlung standen die Wahlen und auch hier erzielte man in diesem Jahr ein sehr einvernehmliches Ergebnis. Dr. Joachim Härter wurde ohne Gegenstimme in seinem Amt als Landesvorsitzender bestätigt und auch die Arbeit und das Engagement seiner beiden Stellvertreter, Dr. Thomas-Rainer Schlachta und Kai Boller, wurde durch deren Wiederwahl honoriert.

Cornelia Schwarz

Info

Alle Anträge im Überblick finden Sie auf der Website des FVDZ Baden-Württemberg. Folgen Sie einfach diesem QR-Code.

